Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 34. Freitag den 3. Februar 1888. 82. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen Bedingungen.**
Leipzig, den 14. Januar 1888.
Die Sparcassen-Deputation.

Ausschreibung.

Die auf dem **neuen Schlacht- und Viehhofe** hierselbst eingerichteten **Restaurationsräumlichkeiten** mit **Fremdenzimmern,** einer **Wohnung** für den **Pachter** und **Garten,** in welchem nach eingegangener Zustimmung der Herren Stadtverordneten noch ein Gartengebäude mit 4 heizbaren Räumen errichtet werden soll, sowie einem **Ausspannungshof** mit **Pferdestall** und einem **Remisengebäude** sollen von der voraussichtlich im Frühjahr d. J. erfolgenden Eröffnung an auf **zehn** hintereinander folgende **Jahre** an den **Meistbietenden verpachtet** werden.

Die Pachtbedingungen und die Zeichnungen der Gebäude können im Schlachthofbureau an der Kaiserin Augusta-Straße gegen Erlegung von 4 ℳ entnommen werden, auch ertheilt der dort in den Geschäftsstunden anwesende bauleitende Architekt Herr Moritz jede gewünschte weitere Auskunft.

Wir fordern hierdurch auf, Angebote versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen **bis zum 18. Februar ds. Js. Nachmittags 4 Uhr** bei der **Quantiatur des hiesigen Rathhauses** abzugeben und behalten uns die Auswahl unter den Bewerbern sowie die Ablehnung sämmtlicher Angebote ausdrücklich vor.

Die Angebote sind auf die obenbezeichneten Räumlichkeiten ꝛc. mit dem Gartengebäude und auf dieselben ohne dieses Gartengebäude zu richten.

Leipzig, am 27. Januar 1888.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 415. 538. Dr. Trändlin. Krumbiegel.

Gefunden

wurde während der letzten Reise-Saison in einem öffentlichen Büreau hier eine Note über

100 Mark,

welche vom Eigenthümer bis heute nicht reclamirt worden ist.

Dieselbe wird deshalb hierdurch aufgefordert, sich rechtzeitig, gehörig legitimirt, bei unterzeichneter Amtsstelle zu melden, da andernfalls weitere Verfügung getroffen werden wird.

Leipzig, am 1. Februar 1888.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Nr. 288. Ia. Bretschneider. M.

Fahrhanden gekommen ist das der ledigen **Pauline Therese Große** von der Polizeiverwaltung zu Hamburg unterm 13. September 1884 ausgestellte Dienstbuch, ferner das Dienstbuch für **Hermine Auguste Therese Geißler,** ausgestellt von der Polizeiverwaltung zu Celle unterm 31. März 1886, und das Dienstbuch des Marktdieners **Carl Hermann Fleischer** von hier, unter Nr. 9 vom Gemeindevorstand zu Wermsdorf am 26. März 1877 ausgefertigt. Im Falle der Auffindung wird um Ablieferung anher gebeten.

Leipzig, den 26. Januar 1888.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Dietrich, Pol.-Ref.

Nichtamtlicher Theil.

Die Socialistengesetz-Debatte im Reichstage.

* Wir haben mehrere Tage verstreichen lassen, ehe wir an dieser Stelle über die dreitägige Socialistengesetz-Debatte im Reichstage einige Betrachtungen anstellen. Andere Blätter entwickelten in dieser Beziehung mehr „Fixigkeit", sie gaben schon am anderen Tage ihrer schadenfrohen Stimmung, daß die verbündeten Regierungen mit ihren auf Verschärfung des Socialistengesetzes gerichteten Vorschlägen kein Glück gehabt, in einer Weise Ausdruck, daß die Herren Socialdemokraten ihre helle Freude daran werden gehabt haben. Nun, unser Grund, weshalb wir bisher zu den Verhandlungen des Reichstages schwiegen, war einfach der, daß wir die ausführlichen amtlichen stenographischen Berichte abwarten wollten, um ein erschöpfendes Bild von den betreffenden Vorgängen zu gewinnen. Aus den vorläufigen Berichten, die im vollen Drange der Geschäfte, während das Wortgefecht im Reichstage mit seinen vielen aufregenden Zwischenfällen im Gange ist, angefertigt werden müssen, ist das, so genügend und werthvoll sie für den ersten Augenblick sein mögen, nicht immer möglich, und wir hielten es bei einer so tiefeinschneidenden und ernsten Materie für besonders nothwendig, uns in der gedachten Weise authentisch zu informiren, bevor wir uns aufs Neue mit der Angelegenheit befaßten und unsere Stellung zu dieser Frage kennzeichneten.

Wir haben nun die betreffenden Verhandlungen eingehend studirt, sind aber nicht in der Lage, von derjenigen Auffassung, die wir früher zum Ausdruck brachten, auch nur im Geringsten zurückzutreten. Nach unserer gewissenhaften Ueberzeugung, die auf einer mehr als zwanzigjährigen genauen Beobachtung des Entwickelungsganges der Socialdemokratie in Deutschland im Allgemeinen und im Königreich Sachsen insonderheit beruht, ist schließlich der deutschen Staatsgewalt nichts Anderes übrig geblieben, wenn sie sich ihrer Verantwortlichkeit für die Aufrechthaltung von Gesetz und Ordnung innerhalb der Grenzen des Reiches nicht entschlagen wollte, als diejenigen Vorschläge zu machen, welche in der neuen Socialistengesetzvorlage enthalten sind. Auf Grund dieser gewissenhaften Ueberzeugung haben wir denn auch von allem Anfang uns für die Vorschläge der verbündeten Regierungen erklärt, obgleich wir wußten, daß innerhalb unserer eigenen Partei die entgegengesetzte Anschauung die überwiegende war. Das konnte und durfte für uns kein Grund sein, unserer eigenen Meinung Zwang anzuthun. Wir sind nicht in dem Maße auf den Parteieoder der Nationalliberalen eingeschworen, daß wir nur stets Das, was die Parteiführer in Berlin beschließen, als unbedingt richtig anzuerkennen haben, im Gegentheil, wir werden uns, bei aller Treue zu der nationalliberalen Partei, stets erlauben, im betreffenden Falle, wenn uns das als nothwendig erscheint, unsere anders geartete Auffassung zur Darstellung zu bringen. Und so sagen wir denn auch heute noch, daß es richtiger und zweckmäßiger gewesen wäre, wenn die nationalliberale Fraction sich nicht so ablehnend gegenüber dem verschärften Socialistengesetz verhalten hätte. Die Zukunft wird es ja lehren, welche Auffassung die richtigere gewesen ist. So wie wir die Socialdemokratie kennen, wird sie ihren gewaltsamen, revolutionairen Charakter nicht aufgeben, und auch die socialen Reformgesetze werden das nicht zu Wege bringen; wir wünschen lebhaft, es möchte anders sein, aber der Charakter der socialdemokratischen Partei drängt unabweislich, mag das nun früher oder später sein, zu einem derartigen Zusammenstoß hin, daß dann der Staat noch zu ganz anderen Mitteln wird greifen müssen, als sie jetzt in dem neuen Socialistengesetz vorgesehen sind.

Wir wollen übrigens bei dieser Gelegenheit mittheilen, daß innerhalb der nationalliberalen Fraction nicht etwa von vornherein Uebereinstimmung in Betreff der der Socialistengesetzvorlage gegenüber einzunehmenden Haltung vorhanden war. Im Gegentheil, wir wissen, daß in der Fraction sich auch Stimmen für das Gesetz geltend gemacht haben. Da indessen die Gegner der Vorlage die Majorität für sich hatten und von dieser Seite man als Bedingung aufstellte, daß die Fraction geschlossen stimme und zwar nur im Sinne der zweijährigen Verlängerung der Geltungsdauer des unveränderten Socialistengesetzes, so daß diejenigen, welche anders stimmen wollten, aus der Fraction auszuscheiden hätten, so haben schließlich die betreffenden Abgeordneten erklärt, daß ihnen die ganze Frage doch nicht in dem Maße bedeutsam erscheine, um einen Zwist hervorzurufen und von der Partei sich loszusagen, und sie haben zuletzt ihren Widerspruch aufgegeben. Auf diese Weise ist die volle Einstimmigkeit in der nationalliberalen Fraction zu Stande gekommen.

Nun, nachdem die parlamentarische Vertretung der nationalliberalen Partei sich in Betreff der ablehnenden Haltung gegenüber dem verschärften Socialistengesetz sich schlüssig gemacht hat, nachdem sie glaubt, zur Beschwörung der durch die Socialdemokraten und Anarchisten drohenden Gefahren genüge es, wenn das bestehende Socialistengesetz vorläufig noch auf zwei Jahre verlängert werde, nachdem auf dieser Seite sogar schon Stimmen für die Aufhebung des Socialistengesetzes laut werden, da entfällt für uns der Grund, uns wegen des Schicksales des von den Regierungen vorgelegten Gesetzes besonders den Kopf zu zerbrechen und zur Vertheidigung dieses Gesetzes noch besondere Anstrengungen zu machen. Das Schicksal des Gesetzes im Reichstag ist entschieden, und die Socialisten, Deutschfreisinnigen und Ultramontanen erleben die Genugthuung, daß eine ihnen verhaßte Vorlage zum Falle gebracht wird. Diejenigen, welche dagegen stimmen, haben selbstverständlich auch die Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen. Wir wollen nur wünschen, daß diese Verantwortlichkeit nicht eine zu schwere sein möge, daß nicht erst, wie vor zehn Jahren, wieder entsetzliche Ereignisse nöthig sein werden, um der Nation und ihren Vertretern die volle Ueberzeugung der außerordentlichen Gefährlichkeit der auf dem Snmpfboden der socialdemokratischen Agitation wachsenden Früchte und der unbedingten Nothwendigkeit scharfer Gegenwehr zu geben.

Aber einen Wunsch glauben wir wenigstens noch aussprechen zu müssen, und das ist der, daß, wenn es der socialdemokratischen Partei, worauf man heute gefaßt sein muß, wieder möglich gemacht sein wird, durch unbeschränkte Versammlungs- und Preßfreiheit nach ihrer früheren Agitationsweise aufs Neue die unaufgeklärten Massen zu bearbeiten und aufzuhetzen, dann wenigstens die Führer und Abgeordneten der Ordnungsparteien, welche erklären, daß die gegenwärtige Socialistengesetzvorlage unannehmbar sei, aus ihrer vornehmen Reserve etwas heraustreten und in der Presse sowohl, als auch namentlich in den sogenannten Volksversammlungen, in denen es allerdings mitunter etwas unruhig herzugehen pflegt, activen Antheil an der Bekämpfung der socialistischen Hetzreduer nehmen. Wir würden uns alsdann einen außerordentlichen Erfolg versprechen, wenn die Herren von Bennigsen, von Marquardsen, Miquel ꝛc. nicht blos im Reichstag, sondern auch vor dem Forum socialdemokratischer Volksversammlungen den Herren Bebel, Liebknecht, Singer und Genossen entgegenzutreten sich entschließen könnten.

* * *

* Wir haben im Vorstehenden uns enthalten, auf die im Reichstag gehaltenen Reden näher einzugehen, weil uns das zu weit geführt haben würde, dagegen veröffentlichen wir an anderer Stelle die Rede des königl. sächs. Bundesrathsbevollmächtigten Geh. Rath Held, welche namentlich für die sächsischen Verhältnisse von Interesse ist. Ferner bringen wir nachstehend eine Zuschrift des Herrn Prof. Dr. Biedermann, welcher bekanntlich vom Abg. Bebel in ganz unzutreffender Weise angegriffen und verdächtigt worden ist, zum Abdruck. Die Zuschrift, in welcher namentlich auch dargelegt ist, wie wenig gerade Herr Bebel Grund hat, Anderen den Vorwurf der Gesinnungsänderung zu machen, lautet:

Bei den Reichstagsverhandlungen über das Socialistengesetz hat Herr Dr. Götz aus Landau den Versuch einer Verdächtigung seiner Person, den Herr Bebel machte, als völlig haltlos mit gutem Recht zurückgewiesen. Dabei ist er auf Herrn Bebel's eigene Vergangenheit gekommen und hat u. A. gesäußert:

„Herr Bebel war 1863 als Drechslergeselle in Leipzig der zahmste, kaum constitutionell zu nennende Jüngling; er bekämpfte damals Biedermann, der gewisse politische Interessen in den Gesellenverein hineinbringen sollte, mit Feder und Schwert."

Diese Aeußerung, die leicht mißverstanden werden kann (obschon das „sollte" von dem Redner offenbar so gemeint ist, daß Herr Bebel mir das Hineintragen politischer Interessen in den Gesellenverein nur Schuld gegeben habe), nöthigt mich zu einer Richtigstellung des Sachverhaltes. Vielleicht ist es auch nicht ohne ein allgemeines Interesse, wenn ich über die damalige Stellung des Herrn Bebel und sein Verhältniß zu mir, wie umgekehrt das meine zu ihm, das Folgende mittheile.

Zu Anfang der 60er Jahre hatte ich in einem hier bestehenden „Gesellenverein" auf dessen Anfuchen eine Reihe geschichtlicher Vorträge gehalten. Dieser Verein ward in jener Zeit ärgster Reaction, wie alle dergleichen Vereine, polizeilich aufgelöst, obschon man ihm irgendwelche Ungesetzlichkeit nicht Schuld geben konnte. An seine Stelle trat später ein „Arbeiterbildungsverein". Nach meiner Rückkehr aus Weimar hierher (1863) brachte mir dieser ein Gesangständchen und ließ durch eine Deputation mir für das von mir dem Gesellenverein zugewendete Interesse danken, zugleich mich bitten, das gleiche Interesse ihm zu schenken. Mitglied dieser Deputation war Herr Bebel. Ich habe dann mit Letzterem, der trotz seiner Jugend bereits einen leitenden Einfluß in dem Verein übte, viel verkehrt. Der Verein stand damals allen socialistischen Bestrebungen durchaus fern, streng auf dem Standpunct des Schulze'schen Genossenschaftswesens. Von Politik war in demselben meines Erinnerns nicht die Rede, und am allerwenigsten fiel es mir ein, solche hineinzutragen. Wohl aber interessirte ich mich lebhaft für die im guten Sinne socialen Verbesserungen, die der Verein anstrebte, zum Beispiel die Gründung eines Consumvereins, ihre ich nicht, auch einer Krankencasse. Wenn aber wir, Herr Bebel und ich, am eifrigsten gemeinsam arbeiteten, leider vergeblich, war: die Zurückführung der kurz vorher aus dem Vereine ausgeschiedenen radicalen Minderheit unter Professor Roßmäßler, des Vereins „Vorwärts" (desselben, der jüngst durch Berufung einer Arbeiterversammlung hier in Leipzig den Boden für Lassalle bereitete), in den Schoß der gemäßigten Mehrheit. Sehr deutlich erinnere ich mich noch, wie damals Herr Bebel sich ganz entschieden gegen jeden Versuch aussprach, die Arbeiter als besonderen „vierten" Stand dem Bürgerthum oder der „Bourgeoisie" gegenüberzustellen und so einen „Ständehaß" und „Ständekampf" ins Leben zu rufen.

Herr Bebel ging dann mit uns gemäßigt liberalen Hand in Hand bei den Bestrebungen theils für gewisse Erweiterungen der Städteordnung (dieselben, die später Gesetz wurden), theils für eine zeitgemäße Regelung des Landtagswahlrechts (die ebenfalls 1868 unseren Wünschen in der Hauptsache entsprechend stattfand). Bei letzterer Gelegenheit gerieth er in einer Versammlung in heftige, von der anderen Seite sogar handgreifliche Conflicte mit einer anderen radicalen Partei unter Führung des bekannten Cigarrenarbeiters Frigsche. Noch 1865 bekannte sich Herr Bebel in einer vom Nationalverein veranstalteten Versammlung entschieden zu dessen Grundsätzen und sprach lebhaft gegen den Gedanken einer abgesonderten „Arbeiterpartei". Bald darauf freilich gelang es verschiedenen, von auswärts gekommenen Agitatoren: Hora, Eckart, zuletzt Herrn Liebknecht, Herrn Bebel und den „Arbeiterbildungsverein" auf ganz andere Bahnen hinüberzuziehen.

Bei der oberwähnten Reichstagsverhandlung hat Herr Bebel auch wieder, wie noch andere Mitglieder der nationalliberalen Partei, einer Gesinnungsänderung, und zwar einer sehr schroffen, zu bezichtigen versucht. Er hat von mir aus dem Jahre 1848 eine Anschauung citirt (ich glaube, sie ist aus jenem Wahlprogramm vom Monat April), worin ich die Ansicht ausgesprochen: „es könne eine Zeit kommen, wo Deutschland republikanisch werde", und zugleich den Wunsch, daß dies dann wenigstens auf friedlichem, nicht gewaltthätigem Wege geschehen möge. Diese Geschichtsansicht (die übrigens damals auch ein namhafter Historiker, Gervinus, in seiner „Einleitung zur Geschichte des 19. Jahrhunderts" sogar öffentlich ausgesprochen) mag jetzt, bei unserm, Gott sei Dank, so sicher gestellten monarchisch-constitutionellen Zuständen, sonderbar erscheinen — in jener Zeit maßlos chaotischer Verwirrung, wo das monarchische Princip selbst in dem größten deutschen Staate aufs Tiefste erschüttert war, drängte sie sich selbst wider Willen Manchem auf. Wenn aber Herr Bebel daraufhin mich gern zu einem Politiker stempeln möchte, dessen „Ideal" früher einmal die „Republik" gewesen sei, so stehen einem solchen Versuche folgende notorische Thatsachen im Wege, an welchen derselbe schwerlich muß: 1) meine publicistische Thätigkeit seit dem Jahre 1841, die sich bereits streng und unbeirrt in der Richtung derjenigen Staatsordnung für Deutschland bewegt, welche heute in unserem deutschen Reiche verwirklicht ist; 2) meine sehr eingreifende Wirksamkeit an der Spitze der gemäßigt liberalen Partei in Leipzig gegenüber einer radicalen sowohl noch den August-Ereignissen 1845, als im März 1848; 3) meine Abstimmungen im Vorparlamente an der Seite Gagern's gegen alle republikanischen Anträge Hecker's und Genossen; 4) meine Theilnahme im Fünfziger-Ausschuß an dessen Maßregeln gegen Hecker's republikanischen Putsch im April 1848; 5) der Vorgang, daß der von mir geleitete Club des „Augsburger Hofes" im Parlamente zu Frankfurt zuerst von allen Clubs und Einigungen sich für das erbliche Kaiserthum der Hohenzollern erklärte; 6) meine Rede für dieses erbliche Kaiserthum abgedruckt am 15. Januar 1849; 7) mein Vorschlag der grellen „Grundrechte" (des „Weihnachtscertes"); 8) mein adressirtes Eintreten für die auf der gleichen erbmonarchisch-constitutionellen Grundlage ruhende sogen. „Unionsverfassung" im sächsischen Landtage von 1849/50.

Auf Grund dieser notorischen und unumstößlichen Thatsachen glaube ich mit gutem Gewissen sagen zu dürfen, daß meine Devise „Sich selbst getreu!" keine Lüge ist, und daß, wenn ich frge, wie Herr Bebel höhnend sagt, „ein warmer Verehrer des Reichskanzlers" bin, was aufrichtig zu sein ich mit Stolz bekenne, ich dies nicht durch irgend welchen Umschlag meiner politischen Ueberzeugung geworden bin, sondern einfach deshalb, weil unser großer leitender Staatsmann Dasjenige zur That gemacht und glorreich hinausgeführt hat, wonach ich und die mir Gleichgesinnten seit einem Menschenalter rastlos, aber vergeblich gestrebt hatten.

Herr Bebel selbst ist einmal in der Zeit unserer heftigsten publicistischen Kämpfe mit einander — in einer Anwandlung von Unbefangenheit ehrlich genug gewesen, öffentlich (in seinem damaligen hiesigen Organ, ich glaube, es hieß „Der Socialdemokrat") einzugestehen: „ich bei immer derselbe geblieben, nur er habe seinen Standpunct gewechselt". Nun, das mag Herr Bebel mit sich ausmachen; nur versuche er nicht, zu seiner und seiner Gesinnungsgenossen Rechtfertigung Andere einer gleichen Wandelbarkeit zu verdächtigen, durch solche Versuche, zumal wenn sie so unstichhaltig sind, wie der gegen mich unternommene, wird seine Sache nicht besser.

Karl Biedermann.

Fünfjährige Legislaturperioden.

In der Reichstagssitzung vom Mittwoch ist es gerade herausgesagt worden, warum das Centrum und die Freisinnigen mit den gegenwärtigen Zuständen so unzufrieden sind: sie können es nicht verwinden, daß sie nicht mehr die Majorität im Reichstage haben, daß sie nicht mehr die Macht besitzen, Vorlagen zu Falle zu bringen, welche für das Vaterland heilsam und nothwendig sind. Windthorst wittert hinter dem Cartel zwischen Nationalliberalen und Conservativen geheime Abmachungen, um der Reaction die Wege zu ebnen, und Bamberger wirft den Nationalliberalen vor, daß sie durch das Cartel die Schlüssel aus der Hand gegeben haben. Beide aber stimmen auch darin überein, daß durch diesen Bund das Ansehen des Reichstages herabgedrückt werde. Das ist doch eine ganz absonderliche Auffassung von den Aufgaben des Reichstages, daß derselbe nur dann Ansehen genießen soll, wenn er zu den Vorschlägen der Regierung „Nein" sagt. Das ist allerdings die Meinung Richter's, Windthorst's und ihrer Gesinnungsgenossen; es gewährt ihnen Genugthuung, die verbündeten Regierungen ihre Macht fühlen zu lassen, sie machen Opposition aus reiner Lust am Widerspruch, und nichts ist ihnen angenehmer, als wenn im Reichstage Alles drunter und drüber geht. Die Nationalliberalen sind anderer Meinung, sie glauben, daß sich das Reich besser dabei befindet, wenn Regierungen und Reichstag zur Erfüllung des Reichszweckes zusammenwirken, wenn der Grad von Einigkeit zwischen beiden Factoren der Gesetzgebung besteht, durch den allein etwas zu Stande kommen kann. Die heutige Zusammensetzung des Reichstages ist keineswegs der Art, daß eine den Regierungen unbedingt gehorsame Mehrheit vorhanden ist; es giebt Dinge genug, über welche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Also die Redensarten von Reaction und Herabdrückung des Ansehens des Reichstages sind Gebilde der Einbildungskraft der Herren vom Centrum und vom Freisinn, mit der Wirklichkeit stimmen sie nicht überein.

Es war eine That des Abgeordneten v. Bennigsen, daß er den Vertretern der beiden Parteien die Maske herunterriß, hinter welcher sich ihr angeblicher Patriotismus verbirgt. Er zeigte ihnen, daß sie ihre parlamentarischen Niederlagen selbst verschuldet haben. Dem Abgeordneten Bamberger hielt er vor, daß die Schutzzöllner hereingebrochen sei, weil der verlangte mäßige Eisenzoll nicht bewilligt wurde, und beiden Herren, daß der Reichstag nicht aufgelöst worden wäre, wenn sie das Septennat bewilligt hätten. Die Agitation, die Verhetzung der Parteien ist eine der Hauptbestrebungen der Oppositionsparteien, sie wollen nicht, daß ein mächtiges Reich da ist, sondern ein mächtiges Centrum und eine mächtige Fortschrittspartei. Bennigsen zerstörte die falsche Vorstellung, welche Centrum und Freisinn bei den Wählern erzeugen wollen, daß die Cartelparteien die Abschaffung des allgemeinen Stimmrechts beschlossen haben, oder daß sie sich über zweijährige Budgetperioden geeinigt haben. Was sie wollen und woran sie festhalten werden, ist, daß sie den verbündeten Regierungen die Mittel gewähren wollen, um das Reich im Innern fest und nach außen geachtet und gefürchtet zu machen; zuerst die Gesammtwohlfahrt und dann das Parteiinteresse, aber nicht umgekehrt, wie bei Centrum und Freisinn.

Die fünfjährigen Legislaturperioden haben den großen Vorzug vor den dreijährigen, daß die Erregung des Wahlkampfes nicht zu tief in alle Verhältnisse eindringt, daß sie nicht dazu führt, die Zwietracht an die Stelle des einträchtigen Zusammenwirkens aller Parteien zum Wohle des Vaterlandes zu setzen, daß nicht bestimmte Stichwörter genügen, um eine Schranke zu ziehen zwischen Leuten, die bei einigem guten Willen in allen Hauptfragen zusammengehen können. Bamberger hat selbst zugestanden, daß, wenn er heute seine politische Laufbahn aufs Neue beginnen müßte, er wieder mit Herrn von Bismarck zusammengehen würde, wie er es 1866 gethan; denn durch ihn sei dem deutschen Volke Gelegenheit gegeben worden, seine Kräfte zu zeigen. Trotzdem konnte es sich Herr Bamberger nicht versagen, die Beschuldigung auszusprechen, daß im Jahre 1887 der Schatten eines Krieges benutzt worden sei, um den Reichstag aufzulösen. Nein, es war kein Schatten, der uns vorgegaukelt wurde, sondern es waren sehr stark in die Augen springende greifbare Thatsachen, welche die verbündeten Regierungen zur Gegenwehr gezwungen haben. Herr v. Bennigsen fand die rechten Worte, um diese Wahrheit dem Reichstage zum Bewußtsein zu bringen. Zweimal standen wir im vorigen Jahre vor der Gefahr, von Frankreich überfallen zu werden, wie durch die Entlassung Boulanger's und durch den Rücktritt Grevy's klar geworden ist. Er führte Bamberger zu Gemüthe, daß er ja für die Wehrvorlage stimmen werde und damit am besten beweise, daß er die Kriegsgefahr nicht als ein wesenloses Schattenbild betrachte.

Besonders dankenswerth war es, daß Herr v. Bennigsen dem Einwand näher trat, daß man einen gefügigen Reichstag für reactionaire Zwecke benutzen, einen ungefügigen aber auflösen könne. Dieser Einwand hat in der That etwas Bestechendes, aber wenn man ihn bei Licht besieht, so verschwindet er. Ist denn die Executivgewalt, welche die Auflösung verfügt, dessen sicher, daß sie damit ihren Zweck erreicht, daß sie nicht vielmehr durch Neuwahlen einen ihr noch unangenehmeren Reichstag erzielt? Die Erfahrungen der Jahre 1878 und 1887, welche von Bamberger als Beweis der Richtigkeit seiner Theorie angeführt werden, beweisen dafür nichts, sondern zeigen nur, daß ihm ein oppositionelles Reichstag lieber ist als ein gefügiger. Fünf Jahre sind keine Ewigkeit, und wenn der Tag der Abrechnung kommt, dann ist er für die verbündeten Regierungen um so unbequemer.

Bennigsen schloß seine mit lang anhaltendem Beifall aufgenommene Rede mit dem folgenden Satze, der die rückhaltlose Zustimmung aller liberalen Wähler finden wird: „Wenn der Reichstag die Wünsche der Nation im höchsten Maße erfüllt, wenn er nicht durch elende Parteikämpfe zersplittert ist, wenn der Reichstag in der weiteren Entwickelung unserer Nation sich den Einfluß verschafft, der ihm nach der Natur der Sache und der Verfassung zukommt, dann werden wir damit zufrieden sein, die Wahl nicht alle drei Jahre, sondern nur alle fünf Jahre vorzunehmen."

Die Reichstagswahl vom 21. Februar trägt ihre guten Früchte, je länger, desto mehr. Der heutige Reichstag enthält die richtige und den thatsächlichen Verhältnissen entsprechende Parteimischung, er macht die Entfaltung des deutschen Reiches nicht von einseitigen Parteiinteressen abhängig, sondern hat den Schwerpunct der Entschridung in die Hände von Männern gelegt, welche die Aufrechthaltung der verfassungsmäßigen Grundlagen des Reiches nicht minder zur Richtschnur ihrer Handlungsweise wählten, als die Förderung der Gesammtwohlfahrt. Der lange Kampf, welchen Centrum und Freisinn hinter sich haben, hat ihnen die Unbefangenheit des Urtheils getrübt, beide Parteien haben sich in gewisse Anschauungen hineingelebt, von denen sie sich nicht mehr frei machen können, die ruhige unbefangene Würdigung der Thatsachen ist ihnen abhanden gekommen. Es war gewiß für viele Mitglieder beider Parteien eine Ueberraschung, aus dem Munde Bennigsen's zu erfahren, daß die meisten Verfassungsstaaten eine längere Legislaturperiode haben als die dreijährige: Oesterreich eine sechsjährige und England sogar eine siebenjährige. Herr v. Bennigsen hätte auch noch Bayern erwähnen können, welches ebenfalls eine sechsjährige Legislaturperiode hat und doch über eine Opposition verfügt, wie sie zäher kaum gedacht werden kann. Wir würden es als einen werthvollen Gewinn der Einführung fünfjähriger Legislaturperioden erachten, wenn es durch sie erreicht würde, daß die Centrumspartei sich allmälig in ihre Bestandtheile auflöse und die freisinnige Partei mehr und mehr zerbröckelte. Das Heil der Zukunft liegt in dem Zusammenwirken einer conservativen und einer gemäßigt liberalen Partei, von denen die letztere über die Mehrheit verfügt. Ein ruhiger, das Bestehende nicht schroff zerstörender Fortschritt ist das Ideal, welchem ein Verfassungsstaat nachstreben muß. Voraussetzung ist eine Regierung, welche das nöthige Verständniß für die Bedürfnisse der Mehrheit des Volkes besitzt. An einer solchen wird es hoffentlich in Deutschland niemals fehlen. Vollkommen ist keine Regierung, aber auch keine Volksvertretung, das Geheimniß der Wohlfahrt besteht in dem verständigen Ausgleich der bestehenden Gegensätze.

Leipzig, 3. Februar 1888.

* Wie die „Hamburger Nachrichten" auf Grund eines Berliner Telegrammes melden, wird eine Rede des Reichskanzlers zu der Socialistenvorlage nicht erwartet, dagegen bei der Wehrvorlage.

* In der „Kölnischen Volkszeitung" ist die Jubiläums-Adresse der preußischen Bischöfe an den Papst abgedruckt. Wir geben aus der von dem Blatt mitgetheilten deutschen Uebersetzung des lateinischen Textes folgende Stelle wieder:

In der That „hast Du Dich erhoben wie ein Löwe (sicut leo) von seinem Lager, und schreitest einher inter Leones, unter den Leuen", unter jenen großen und heiligen Päpsten, deren Namen und Amt und Bestrebungen Dir gleichsam als Erbe überkommen sind. Erscheinst Du nicht einem heiligen Leo dem Großen ähnlich, als Lehrer der gesammten Kirche und Vermittler des Friedens? Bist Du nicht ein Nachfolger des h. Leo III. geworden, denn es ist durch Gottes Fügung gelang, jenes segensreiche Bündniß, welches